

238965-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen – Objektplanung

Freianlagenplanung Neubau Psychiatrie (EVK-GE)

OJ S 68/2026 08/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Evangelisches Klinikum Gelsenkirchen GmbH

E-Mail: evkge-psychiatrie@augusta-bochum.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanung Freianlagenplanung Neubau Psychiatrie (EVK-GE)

Beschreibung: Die bauliche Entwicklung am Evangelischen Klinikum Gelsenkirchen (kurz: EVK) ist ein wichtiger Baustein in der aufgestellten Konzeptplanung zum "Campus der Seelischen Gesundheit". Der Neubau Psychiatrie bildet den ersten Baustein dieser Entwicklung. Heute befinden sich fünf Stationen mit je 21 Betten im Bestand. Es wird ein zusätzlicher Bedarf an 73 vollstationären Betten ausgewiesen. Die Flächen im Bestand haben ein großes Flächendefizit. Einige Räume, insbesondere Gesprächs- sowie Untersuchungs- und Behandlungsräume werden doppelt genutzt. Die Patientenzimmer und Stationen entsprechen nicht den aktuellen Standards, es gibt in Teilbereichen Dreibettzimmer ohne Nasszelle. Um die Defizite im Bestand zu beheben, sollen diese sukzessive in den Neubau einziehen. Eine teilstationäre Tagesklinik mit 32 Plätzen befindet sich aktuell ca. 5km vom Plangebiet entfernt und wird im Sinne der ganzheitlichen Versorgung in den Neubau integriert. Der Neubau Psychiatrie bildet in einem ersten Bauabschnitt den Mehrbedarf von 73 Betten als auch einen Teilumzug der 105 Betten in einem zusammenhängenden Volumen ab. In einem zweiten Bauabschnitt kann der Neubau um einen weiteren Gebäudeteil ergänzt werden. Dieser stellt den Umzug der restlichen Bestandsbetten sicher. Der erste Bauabschnitt Psychiatrie ist Gegenstand dieses Auftrages und weist eine zusammenhängende Fläche von ca. 5.255qm Nutzfläche (NUF) auf. Der Neubau Psychiatrie ist auf dem Grundstück an der Ecke Munckelstraße/ Overwegstraße, in unmittelbarer Nähe nördlich des Hauptgebäudes des Evangelischen Klinikums geplant. Das Grundstück ist bereits erworben und weist eine Fläche von ca. 9.310qm auf. Weitergehende Informationen können der kostenlos zur Verfügung gestellten Projektbeschreibung bzw. Erläuterungsberichten entnommen werden.

Kennung des Verfahrens: 12e4a5db-5528-48aa-b336-0a6392b18969

Interne Kennung: PSY-P001-0613

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen,

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und

Prüfstellen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von

Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Gelsenkirchen

Postleitzahl: 45879

Land, Gliederung (NUTS): Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt (DEA32)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YYVM9LR# 1. Der AG weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden europaweiten Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig, verändert oder mit weiteren Angaben wiedergegeben wird. 2. Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch auf dem Vergabeportal www.dtv.de zur Verfügung gestellt. Die Beantwortung von Fragen zum Verfahren sowie sämtliche Kommunikation zwischen den Beteiligten und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das o.g. Vergabeportal. Beteiligte sind im eigenen Interesse gehalten, die dort für diese eingerichteten Postfächer regelmäßig auf neue Informationen der Vergabestelle zu kontrollieren. 3. Der AG hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge Vordrucke erstellt. Diese sind für die Einreichung der Teilnahmeanträge zu verwenden. Die Vordrucke sowie die weiteren Unterlagen zum Verfahren können über das o. g. Vergabeportal abgerufen werden. 4. Die Übermittlung von Bewerber-/Bieterfragen hat ausschließlich über das Vergabeportal zu erfolgen. Die Fragen müssen spätestens 9 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist vorliegen. 5. Mit dem Teilnahmeantrag ist anzugeben, bei welchen Leistungen und in welchem Umfang Nachunternehmen eingesetzt werden sollen (Vordruck in den Vergabeunterlagen enthalten). Hinsichtlich der einzureichenden Erklärungen und Nachweise gilt Folgendes: a) Sofern sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmen zum Nachweis der Eignung beruft, muss das Nachunternehmen bereits mit dem Teilnahmeantrag namentlich benannt werden und eine Verfügbarkeitserklärung vorgelegt werden, aus der sich ergibt, dass das Nachunternehmen dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall zur Verfügung steht. Ferner sind für die Nachunternehmen die Erklärungen und Nachweise laut den Bewerbungsbedingungen, in dem in den Eignungskriterien geforderten Umfang, vorzulegen. b) Sofern sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft nicht auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmen zum Nachweis der Eignung beruft, muss das Nachunternehmen noch nicht bereits mit dem Teilnahmeantrag namentlich benannt werden. Sofern das Angebot während der Angebotsphase in die engere Wahl kommt, wird die Vergabestelle den Bieter / die Bietergemeinschaft auffordern, das Nachunternehmen namentlich zu benennen. Ferner sind für das Nachunternehmen die Erklärungen und Nachweise laut den Bewerbungsbedingungen, in dem in den Eignungskriterien geforderten Umfang, vorzulegen. 6. Der Auftraggeber behält sich vor, für den Bewerber/Bieter bzw. die Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft sowie vorgesehene Nachunternehmen, dessen / deren Angebot in die engere Wahl kommt, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister

einzuholen. 7. Jeder Bewerber/ jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag eine Unternehmensdarstellung/Firmenprofil (Vordruck in Vergabeunterlagen vorhanden) vorzulegen; jeder Bewerber / jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung vorzulegen, dass in Bezug auf das Unternehmen keine Ausschlussgründe i. S. d. §§ 123, 124 Abs. 1 GWB vorliegen (Vordruck in Vergabeunterlagen vorhanden); jeder Bewerber/ jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung zur Umsetzung von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vorzulegen (Vordrucke in Vergabeunterlagen vorhanden). 8. Von Bewerbergemeinschaften ist eine Bewerbergemeinschaftserklärung vorzulegen (Vordruck in den Vergabeunterlagen).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 2 und 3 GWB

Betrug: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 4 und 5 GWB

Korruption: vgl. §§ 123 Abs. 1 Nr. 6-8, 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: vgl. § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: vgl. § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB

Zahlungsunfähigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Objektplanung Freianlagenplanung Neubau Psychiatrie (EVK-GE)

Beschreibung: Die Evangelisches Klinikum Gelsenkirchen GmbH (EVK) beabsichtigt den Neubau der Psychiatrie an der Ecke Munckelstraße/Overwegstraße in unmittelbarer Nähe nördlich des Hauptgebäudes des EVK in Gelsenkirchen. Hierfür sind bereits Objektplanungsleistungen (Gebäude und Innenräume) der LPH 1 und 2 und punktuell Fachplanungsleistungen zur Stellung eines Förderantrages erbracht worden. Der Zuwendungsbescheid wurde zwischenzeitlich erteilt. Gegenstand dieser Vergabe ist die Beauftragung der erforderlichen Leistungen der Objektplanung Freianlagenplanung Leistungsphasen 2 bis 8. Die Leistungsphasen 2 bis 8 gem. § 39 HOAI werden stufenweise abgerufen: auf Stufe 1 die Leistungsphasen 2 bis 4, auf Stufe 2 die Leistungsphase 5 und auf Stufe 3 die Leistungsphasen 6 bis 8. Mit Zuschlagserteilung wird Stufe 1 (Leistungsphasen 2 bis 4) abgerufen. Auf den Abruf von weiteren Stufen besteht kein Rechtsanspruch. Der hiesige Auftrag umfasst einen förderfähigen Teil und einen nicht förderfähigen Teil. Nach aktuellen Planungen belaufen sich die Baukosten KG 500 (exkl. KG 550) gem. DIN 276 des förderfähigen Teils auf 935.512,00 EUR (netto) und die Baukosten KG 500 (exkl. KG 550) gem. DIN 276 des nichtförderfähigen Teils auf 244.311,25 EUR (netto). Die Technischen Anlagen der Freianlagen (vgl. KG 550 gem. DIN 276) sind kein Gegenstand dieser Ausschreibung. Die Freianlagen spielen bei der Planung der Psychiatrie eine wesentliche Rolle sowohl für die Genesung als auch für den Schutz der Patienten. Weitergehende Informationen können der kostenlos zur Verfügung gestellten Projektbeschreibung bzw. den Erläuterungsberichten entnommen werden.

Interne Kennung: PSY-P001-0613

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen,

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und

Prüfstellen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Gegenstand dieser Vergabe ist die Beauftragung der erforderlichen Leistungen der Objektplanung Freianlagenplanung Leistungsphasen 2 bis 8. Die Leistungsphasen 2 bis 8 gem. § 39 HOAI werden stufenweise abgerufen: auf Stufe 1 die Leistungsphasen 2 bis 4, auf Stufe 2 die Leistungsphase 5 und auf Stufe 3 die Leistungsphasen 6 bis 8. Mit Zuschlagserteilung wird Stufe 1 (Leistungsphasen 2 bis 4) abgerufen. Auf den Abruf von weiteren Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Gelsenkirchen

Postleitzahl: 45879

Land, Gliederung (NUTS): Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt (DEA32)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft hat zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit mit dem Teilnahmeantrag im Rahmen eines vom Auftraggeber vorgegebenen Bewerbungsbogens folgende Angaben vorzulegen: Angaben zum Umsatz (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit Leistungen der Freianlagenplanung, getrennt nach Jahren.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über Vorliegen einer Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssumme i. H. v. mindestens 2.000.000 EUR für Sach- und Personenschäden sowie Vermögensschäden, zweifach maximiert pro Jahr. Zusätzlich zu dieser Eigenerklärung ist eine aktuell gültige Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers, aus der sich die Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen ergibt, einzureichen; die Bescheinigung darf im Zeitpunkt der Einreichung nicht älter als sechs Monate sein. Sollte der Bewerber derzeit noch nicht über eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen verfügen, ist eine Eigenerklärung abzugeben, dass er im Falle der Zuschlagserteilung eine solche Versicherung unverzüglich abschließt. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist eine aktuell gültige Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers vorzulegen, aus der sich die Bereitschaft des Versicherungsgebers ergibt, mit dem Bewerber im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung mit den vorgenannten Deckungssummen abzuschließen; die Bescheinigung darf im Zeitpunkt der Einreichung nicht älter als sechs Monate sein.

Mindestanforderung: Eigenerklärung über Vorliegen einer Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssumme i. H. v. mindestens 2.000.000 EUR für Sach- und Personenschäden sowie Vermögensschäden, zweifach maximiert pro Jahr. Zusätzlich zu dieser Eigenerklärung ist eine aktuell gültige Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers, aus der sich die Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen ergibt, einzureichen; die Bescheinigung darf im Zeitpunkt der Einreichung nicht älter als sechs Monate sein. Sollte der Bewerber derzeit noch nicht über eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen verfügen, ist eine Eigenerklärung abzugeben, dass er im Falle der Zuschlagserteilung eine solche Versicherung unverzüglich abschließt. Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist eine aktuell gültige Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers vorzulegen, aus der sich die Bereitschaft des Versicherungsgebers ergibt, mit dem Bewerber im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung mit den vorgenannten Deckungssummen abzuschließen; die Bescheinigung darf im Zeitpunkt der Einreichung nicht älter als sechs Monate sein.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber/jedes Mitglied einer
Bewerbergemeinschaft hat zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit
mit dem Teilnahmeantrag im Rahmen eines vom Auftraggeber vorgegebenen
Bewerbungsbogens folgende Angaben/Unterlagen vorzulegen: Der Bewerber/jedes Mitglied
einer Bewerbergemeinschaft hat zur Beurteilung der technischen und beruflichen
Leistungsfähigkeit mit dem Teilnahmeantrag im Rahmen eines vom Auftraggeber
vorgegebenen Bewerbungsbogens folgende Angaben/Unterlagen vorzulegen: 1. Darstellung
der Referenzen über vergleichbare Leistungen, mit Angabe insbesondere a) Referenzprojekt,
Ort; b) Auftragnehmer (bei Bewerbergemeinschaften das/die Unternehmen, das/die die
Leistung erbracht hat/haben); c) Name des Auftraggebers, Anschrift sowie Ansprechpartner
mit Kontaktdaten; d) Angaben dazu, ob der Referenzgeber ein öffentlicher Auftraggeber i.S.d.
§ 98 GWB war, der im Referenzprojekt zur Anwendung der VOB/A verpflichtet war; e) Angabe
dazu, ob Referenzleistung Objektplanungsleistungen Freianlagenplanung entweder in Bezug
auf Parkanlagen oder in Bezug auf Freiflächen mit Bauwerksbezug, mit durchschnittlich
topographischen Verhältnissen oder durchschnittlicher Ausstattung nach § 39 HOAI i.V.m.
Anlage 11 HOAI umfasst; f) Zeitraum der Leistungserbringung (MM/JJJJ bis MM/JJJJ bzw.
laufend); g) Angabe zu den beauftragten Freianlagenplanungsleistungen gem. § 39 i.V.m.
Anlage 11.1 HOAI; h) Angabe dazu, ob LPH 8 im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist
abgeschlossen ist, sowie Angabe dazu, ob der Abschluss von Leistungsphase 8 zudem seit 12
/2020 (inkl. Angabe Beginn (MM/JJJJ) und Ende (MM/JJJJ) von Leistungsphase 8) erfolgt ist.
i) Angabe zur Honorarzone; j) Angabe zu den Netto-Baukosten nach DIN 276 (KG 500, exkl.
KG 550), netto; k) Angaben dazu, ob der Referenzauftrag mit Bundes-, Landes- oder EU-
Mitteln gefördert wurde; l) Nähere Beschreibung der erbrachten Leistungen (inkl. Angaben
dazu, ob der Referenzauftrag mit Bundes-, Landes- oder EU-Mitteln gefördert wurde sowie
dazu, ob der Referenzauftrag die Planung von geschützten Freianlagen, also von geschützten
Außen- und Freiflächenbereichen in Krankenhäusern, Kliniken, psychiatrischen oder
vergleichbaren Einrichtungen für die Genesung und/oder das Verweilen von Patienten (zum
Beispiel umfriedete Außenanlagen geschlossener psychiatrischer Stationen, Freiflächen
forensisch-psychiatrischer Abteilungen sowie vergleichbare Bereiche) umfasst).

Mindestanforderungen: Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft muss die folgende
Referenzlage vollständig nachweisen: Nennung von mindestens 2 unterschiedlichen
Referenzen mit Ansprechpartner beim Bauherrn (Kontaktdaten) über vergleichbare Aufträge
aus dem Bereich Objektplanung Freianlagenplanung nach § 39 HOAI. Als vergleichbarer
Auftrag werden Projekte angesehen, die jeweils den folgenden Anforderungen entsprechen: a)
Objektplanungsleistungen Freianlagenplanung nach § 39 HOAI entweder in Bezug auf
Parkanlagen oder in Bezug auf Freiflächen mit Bauwerksbezug, mit durchschnittlich
topographischen Verhältnissen oder durchschnittlicher Ausstattung nach § 39 HOAI i.V.m.
Anlage 11 HOAI umfasst, b) der Bewerber hat dort die Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8
sowie - soweit erforderlich - die Leistungsphase 4 im Sinne des § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11
HOAI erbracht, c) in einem komplexen Vorhaben (mind. Honorarzone II), d) Leistungsphase 8
ist im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist abgeschlossen; Abschluss Leistungsphase 8
erfolgte seit 12/2020. e) die Baukosten der KG 500 nach DIN 276 lagen zusammen bei mind.
500.000,00 Euro (netto). Mindestens eine der mindestens zwei einzureichenden Referenzen,
die jeweils die o.g. Anforderungen a) bis e) erfüllen, muss zudem folgende Anforderung
erfüllen: f) Referenzgeber war ein öffentlicher Auftraggeber i.S.d. § 98 GWB, der im Rahmen
des Referenzprojekts zur Anwendung der VOB/A verpflichtet war. Im Falle eines Angebots

einer Bewerbergemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder über die geforderten Referenzprojekte oder die Mitglieder in der Summe über die geforderten Referenzprojekte verfügen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angabe der in den letzten drei Kalenderjahren (2023, 2024, 2025) jahresdurchschnittlich sowie aktuell festangestellten Beschäftigten inklusive Geschäftsführung/Büroinhaber untergliedert in Landschaftsarchitekten (Qualifikation: mind. Fachhochschul- oder Hochschulabschluss im Bereich Landschaftsarchitektur oder Landschaftsplaner) und sonstige Beschäftigte. Mindestanforderung: Der Bewerber muss / die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zusammen müssen in den letzten drei Kalenderjahren (2023, 2024, 2025) sowie aktuell jahresdurchschnittlich jeweils über mindestens 3 festangestellte Landschaftsarchitekten Mitarbeiter inkl. Geschäftsführer/Büroinhaber (Qualifikation: mind. Fachhochschul- oder Hochschulabschluss im Bereich Landschaftsarchitektur oder Landschaftsplaner) verfügt haben bzw. verfügen. Die Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag nicht beizufügen. Der AG behält sich jedoch vor, die Nachweise der akademischen Abschlüsse nachzufordern. Zum Nachweis der Mindestanforderungen werden die Zahlen von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft addiert.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 28/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYVM9LR/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYVM9LR>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YYVM9LR>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/05/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung fehlender Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Evangelisches Klinikum Gelsenkirchen GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Evangelisches Klinikum Gelsenkirchen GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Evangelisches Klinikum Gelsenkirchen GmbH

Registrierungsnummer: DE206301359

Stadt: Gelsenkirchen

Postleitzahl: 45879

Land, Gliederung (NUTS): Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt (DEA32)

Land: Deutschland

E-Mail: evkge-psychiatrie@augusta-bochum.de

Telefon: 0234-5171260

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de

Telefon: 0251 411-1604

Fax: 0251 411-2165

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

a980f297-dddf-493f-a5ab-8228bb2059d7-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Ziff. 5.1 der ursprünglichen Bekanntmachung lautete u.a. wie folgt: "(...) Gegenstand dieser Vergabe ist die Beauftragung der erforderlichen Leistungen der Objektplanung Freianlagenplanung Leistungsphasen 1 bis 8. Die Leistungsphasen 1 bis 8 gem. § 39 HOAI werden stufenweise abgerufen: auf Stufe 1 die Leistungsphasen 1 bis 4, auf Stufe 2 die Leistungsphase 5 und auf Stufe 3 die Leistungsphasen 6 bis 8. Mit Zuschlagserteilung wird Stufe 1 (Leistungsphasen 1 bis 4) abgerufen. (...)". Nunmehr lautet Ziff. 5.1 der berichtigten Bekanntmachung wie folgt: "(...) Gegenstand dieser Vergabe ist die Beauftragung der erforderlichen Leistungen der Objektplanung Freianlagenplanung Leistungsphasen 2 bis 8. Die Leistungsphasen 2 bis 8 gem. § 39 HOAI werden stufenweise abgerufen: auf Stufe 1 die Leistungsphasen 2 bis 4, auf Stufe 2 die Leistungsphase 5 und auf Stufe 3 die Leistungsphasen 6 bis 8. Mit Zuschlagserteilung wird Stufe 1 (Leistungsphasen 2

bis 4) abgerufen. (...)" Im Übrigen ist Ziff. 5.1 der Bekanntmachung unverändert geblieben. In Ziff. 5.1.1 hieß es unter OPTIONEN in der ursprünglichen Bekanntmachung wie folgt: "Beschreibung der Optionen: Gegenstand dieser Vergabe ist die Beauftragung der erforderlichen Leistungen der Objektplanung Freianlagenplanung Leistungsphasen 1 bis 8. Die Leistungsphasen 1 bis 8 gem. § 39 HOAI werden stufenweise abgerufen: auf Stufe 1 die Leistungsphasen 1 bis 4, auf Stufe 2 die Leistungsphase 5 und auf Stufe 3 die Leistungsphasen 6 bis 8. Mit Zuschlagserteilung wird Stufe 1 (Leistungsphasen 1 bis 4) abgerufen. Auf den Abruf von weiteren Stufen besteht kein Rechtsanspruch." In der berichtigten Bekanntmachung heißt es unter Ziff. 5.1.1 in Bezug auf OPTIONEN wie folgt: "Beschreibung der Optionen: Gegenstand dieser Vergabe ist die Beauftragung der erforderlichen Leistungen der Objektplanung Freianlagenplanung Leistungsphasen 2 bis 8. Die Leistungsphasen 2 bis 8 gem. § 39 HOAI werden stufenweise abgerufen: auf Stufe 1 die Leistungsphasen 2 bis 4, auf Stufe 2 die Leistungsphase 5 und auf Stufe 3 die Leistungsphasen 6 bis 8. Mit Zuschlagserteilung wird Stufe 1 (Leistungsphasen 2 bis 4) abgerufen. Auf den Abruf von weiteren Stufen besteht kein Rechtsanspruch." In Ziff. 5.1.9 der ursprünglichen Bekanntmachung hieß es in Bezug auf das Kriterium "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" u.a. wie folgt: "(...) Mindestanforderungen: Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft muss die folgende Referenzlage vollständig nachweisen: Nennung von mindestens 2 unterschiedlichen Referenzen (...) über vergleichbare Aufträge aus dem Bereich Objektplanung Freianlagenplanung nach § 39 HOAI. Als vergleichbarer Auftrag werden Projekte angesehen, die jeweils den folgenden Anforderungen entsprechen: a) (...); b) der Bewerber hat dort die Leistungsphasen 1 bis 3 und 5 bis 8 sowie - soweit erforderlich - die Leistungsphase 4 im Sinne des § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11 HOAI erbracht, (...)". In der berichtigten Bekanntmachung heißt es unter Ziff. 5.1.9 (Kriterium "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen") nunmehr u.a. wie folgt: "(...) Mindestanforderungen: Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft muss die folgende Referenzlage vollständig nachweisen: Nennung von mindestens 2 unterschiedlichen Referenzen (...) über vergleichbare Aufträge aus dem Bereich Objektplanung Freianlagenplanung nach § 39 HOAI. Als vergleichbarer Auftrag werden Projekte angesehen, die jeweils den folgenden Anforderungen entsprechen: a) (...); b) der Bewerber hat dort die Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8 sowie - soweit erforderlich - die Leistungsphase 4 im Sinne des § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11 erbracht, (...)". In Ziff. 5.1.1 der ursprünglichen Bekanntmachung hieß es in Bezug auf die Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen ursprünglich wie folgt: "Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 21/04/2026 23:59:59 (...)". In der berichtigten Bekanntmachung heißt es in Ziff. 5.1.11 nunmehr wie folgt: "Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 28/04/2026 23:59:59 (...)". In Ziff. 5.1.12 der ursprünglichen Bekanntmachung hieß es in Bezug auf die Teilnahmefrist ursprünglich wie folgt: "Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30/04/2026 11:00:00 (...)" In der berichtigten Bekanntmachung heißt es in Ziff. 5.1.12 nunmehr wie folgt: "Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/05/2026 11:00:00 (...)".
Änderung der Auftragsunterlagen am: 06/04/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 753e81a7-f9f0-46da-8297-f2fe43a6d360 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/04/2026 23:39:53 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 238965-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 68/2026

Datum der Veröffentlichung: 08/04/2026